

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/143

Bonn, den 1. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Aufgabe</u>	49

Nach der Pressekonferenz von Willy Brandt

2 - 3	<u>Sozialer Wohnungsbau muß fortgesetzt werden</u>	71
-------	--	----

Wir brauchen nach wie vor Wohnungen zu erschwinglichen Preisen

4	<u>Erste israelische Parlaments-Delegation kommt nach Deutschland</u>	39
---	---	----

Kein großer Widerstand mehr in der Knesset

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.3. Palmon

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Arbeitsprogramm "für die nächsten zwanzig Jahre"
- Bundesfrauenkonferenz des DGB -

Viele arbeiten nachts

Kurzmeldungen

* * *

*

Die Aufgabe

Nach der Pressekonferenz von Willy Brandt

G.M. - Die Pressekonferenz des Vizekanzlers und Bundesaußenministers Willy Brandt hat in mehrfacher Beziehung das schwierige Gelände bereinigt, auf dem die deutsche Politik agieren muß. Im Vordergrund aller Bestrebungen der Regierung der Großen Koalition steht der angemessene deutsche Beitrag zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens in Europa. Diesem Ziel haben sich alle Kabinettsmitglieder unterzuordnen, es sei denn, sie wollten nicht mehr wahrhaben, was sie durch die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 als richtig anerkannt hatten.

In jeder großen demokratischen Partei gibt es gewiß unterschiedliche Auffassungen darüber, wie ein Ziel erreicht werden kann oder soll. Diese Strömungen künstlich eindämmen zu wollen, wäre nicht gut. Es ist aber ein Unterschied, ob man berechtigte Kritik an dieser oder jener Maßnahme oder Unterlassung ansetzt, oder ob man durch öffentliche Erklärungen eine gemeinsam erarbeitete Konzeption in Frage stellt. Einen Unterschied zwischen diesen beiden Möglichkeiten des politischen Agierens machen zu können, ist schwierig; besonders dann, wenn eine politische Gruppe noch nicht verstanden hat, daß ihre Partei nicht "der Staat" ist. Veränderte Umstände führen bei vielen Politikern nicht auch gleichzeitig zu einer veränderten Bewußtseinslage. Das demokratische Spiel der Kräfte erfordert aber unbedingt eine demokratische Grundgesinnung, als Voraussetzung für gemeinsames Handeln auch in Situationen, in denen unterschiedliche Meinungen nicht bis zum letzten aneinander angeglichen werden können.

Der Bundesaußenminister konnte sich in seiner Pressekonferenz darauf berufen, daß er sich mit dem Bundeskanzler in der Beurteilung der Situation der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Aktionsmöglichkeiten einig sei. Brandt sagte bei dieser Gelegenheit aber auch, daß Schweigen bei leichtfertigen Angriffen auf einen der Regierungspartner auch als Billigung des Angriffs gewertet werden könne. Dieses Wort - scheinbar leicht gesprochen - sollte überall richtig verstanden werden; auch von denen, die glauben, die SPD sei kein gleichwertiger und gleichberechtigter Faktor in der Regierung.

Die Regierung der Großen Koalition hat bis zum Ende der Legislaturperiode noch zahlreiche Aufgaben zu lösen. Nicht zuletzt geht es dabei um i n n e rpolitische Probleme, die von früheren Regierungen oft allzu lange mehr oder weniger vernachlässigt worden sind. Hier bietet sich noch ein weites Betätigungsfeld. Dank sozialdemokratischer Initiativen konnte unter Führung von Bundeswirtschaftsminister Schiller die Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht und die Währung stabil gehalten werden. Die Sicherung dieses nunmehr wieder gesunden Unterbaus der deutschen Politik besteht darin - wir wiederholen es noch einmal - einen deutschen Beitrag zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Wer das nicht begreift, dem ist nicht zu helfen; er wird schnell in Vergessenheit geraten.

Sozialer Wohnungsbau muß fortgesetzt werden

Wir brauchen nach wie vor Wohnungen zu erschwinglichen Preisen

kr - Entgegen der oft verbreiteten Auffassung, durch Fortdauer des sozialen Wohnungsbaues könne ein "gefährlicher Wohnungsüberhang" entstehen und ernste Gefahren für den freien Wohnungsmarkt heraufbeschwören, hat sich in den meisten Bundesländern die Meinung durchgesetzt, daß in der Bundesrepublik - ausgehend vom Wohnungsstandard anderer europäischer Länder - noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Niedersachsens Sozialminister Kurt Partzsch (SPD) erklärte vor kurzem, zur Deckung des langfristigen Bedarfs im gesamten Bundesgebiet sei eine jährliche Bauleistung von 400 000 Wohnungen erforderlich, von denen die Hälfte Sozialwohnungen sein müßten.

Partzsch befindet sich hierbei in Übereinstimmung mit Bundeswohnungsbauminister Lauritzen (SPD) und unterstrich es eindeutig: "Nur die drückendste Wohnungsnot konnte in der Bundesrepublik behoben werden." Das ist angesichts des nach 1945 um 20 Millionen Wohneinheiten zugenommenen Wohnungsbestandes eine gewagte Behauptung. Sie trifft aber den Nagel auf den Kopf, weil es - so auch Partzsch - nach wie vor an einem ausreichenden Angebot von Wohnungen fehlt, "die von den breiten Schichten des Volkes bezahlt werden können."

Wenig einsichtige Bauherren bangen um eine Mietpreisverzerrung, welche sie aber selbst verschuldet haben. Denn ähnlich wie man Warenüberhänge vernichtet, um das Preisgefüge nicht ins Schwanken zu bringen, stehen auch noch Wohnungen leer, weil sich für teure Mieten keine Mieter finden und die Erbauer lieber Häuser unbewohnt lassen, statt die Mietpreise zu senken. Darüber spricht man indessen nicht, auch nicht über die von dem niedersächsischen Sozialminister zur Begründung seiner Forderung aufgeführten Statistik. Danach kommen

- * in Großbritannien 1.512 Wohnräume auf 1.000 Einwohner,
- * in den Niederlanden 1.411 Räume auf 1.000 Menschen,
- * in der Bundesrepublik 1.130 Wohnräume auf 1.000 Bürger.

Angebot und Nachfrage regulieren den Preis. Das gilt auch bedingt für den Wohnungsmarkt. Ein tragbares Mietpreisgefüge wird sich erst einpendeln, wenn ein solides Angebot vorhanden ist.

In nahezu allen Bundesländern tritt ferner als Ursache des noch bestehenden Wohnungsbedarfs die - wie es Partzsch nannte - "Bemühung

um die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" hinzu, die zu einer "Steigerung der Wohnungsnachfrage in den Ausbaugebieten führen."

- * Auf dieser Ebene bedarf es allerdings einer gezielteren
- * Absprache zwischen Ländern und Gemeinden, um Fehlplanungen zu
- * vermeiden. Nicht dabei zu übersehen ist die Tatsache, daß
- * sich bereits auch solide planende Investoren in den Finger
- * schnitten, weil sie ihre auf lokale industrielle Expansion
- * ausgerichtete Wohnungsbauvorhaben realisierten, ohne daß
- * dann neue Strukturen geschaffen werden konnten und ihre
- * neuen Häuser unbelegt geblieben sind. Solche - zum Glück
- * nur - Einzelfälle im Verhältnis zum gesamten Bauvolumen
- * werden schneller zum Bumerang, als man es sich denkt.

Nicht zu widerlegen ist auch die Tatsache, daß Familien sich wohnungsmäßig verändern wollen, wenn sie dazu in der Lage sind. Zu dieser Gruppe gehören vor allem junge Eheleute, denen aber immer wieder Grenzen gesetzt sind. Für sie ist die Wohnungswahl nicht etwa eine Qual, weil sie sich einem großen Angebot gegenübersehen. Die tiefere Ursache dieses Problems ist in der Tatsache zu suchen, daß der Preis die Wahl diktiert und mithin auch nicht jeder eine Wohnung findet, die seinen Einkommensverhältnissen entspricht. Die Auffassung, junge Eheleute wollten nicht einen angemessenen Teil ihres Einkommens für die Wohnung opfern, trifft nicht bei allen zu.

Es seien noch erhebliche Anstrengungen notwendig, um allen zu einer Wohnung zu verhelfen, die - wie es in der "Erklärung der Menschenrechte" heißt - den einzelnen und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden gewährleisten, so Niedersachsens Sozialminister summarisch. Auch das ist folgerichtig, ebenso wie das jetzt verkündete Gesetz zur Fortführung des sozialen Wohnungsbaues.

Hemmnis ist und bleibt dabei aber die Einstellung eines Teiles privater Bauunternehmungen, die mit dem Bau neuer Wohnungen möglichst schnell viel Geld verdienen wollen. Und hier scheiden sich nach wie vor die Geister: Wohnungsbau nach sozialen Maßstäben ist kein Wohnungsbau, bei dem das private Profitstreben an der Spitze aller Überlegungen steht.

Erste israelische Parlaments-Delegation kommt nach Deutschland

Kein großer Widerstand mehr in der Knesset

Von unserem Korrespondenten in Israel J.E. Palmon

Zwei Mal innerhalb kurzer Zeit hatte sich das israelische Parlament mit den Beziehungen zu Deutschland zu beschäftigen. Das eine Mal hatte die Vertreterin der rechtsstehenden Cherut-Fraktion, Frau Rasiel-Kaor, sich an den Erziehungsminister gewandt und gefragt, warum israelische Schüler-Delegationen mit wohlwollender Billigung des Ministeriums nach Deutschland reisen. Vize-Erziehungsminister Jadlin erklärte hierzu, niemand in Israel wolle die Vergangenheit vergessen, aber zugleich müsse man in die Zukunft blicken; Israel sei heute sehr daran interessiert, daß seine Jugendlichen in anderen Ländern - auch in Deutschland - erscheinen und dort in Gesprächen den israelischen Standpunkt darzulegen versuchen. Mit großer Mehrheit wurde die sich gegen die Reisen richtende kritische Anfrage der Frau Rasiel-Kaor von der Tagesordnung des Parlaments abgesetzt.

Wenige Stunden nach dieser Debatte hatte sich die Fraktion der Arbeitspartei, der Ministerpräsident Eschkol, Finanzminister Sapir und Verteidigungsminister Dajan angehören, mit dem Problem der Entsendung einer Parlaments-Delegation nach Deutschland zu befassen. Hier wiederholte sich das gleiche Schauspiel. Eine Minderheit, die aus Mitgliedern der ehemaligen linkssozialistischen Fraktion Achdut Awoda (Einheit der Arbeit) besteht, wandte sich gegen die Entsendung der Delegation. Zum Verständnis der Situation muß gesagt werden, daß zu der ehemaligen Achdut Awoda-Gruppe die Überlebenden der Getto-Kämpfer aus Warschau gehören, die weiter unter dem Eindruck ihrer furchtbaren Erlebnisse stehen und am schwersten einer Neuorientierung zugänglich sind.

Die große Mehrheit der Fraktion war dagegen ganz anderer Meinung. Außenminister Eban erklärte: "Wenn wir die Delegation ablehnen, so wäre dies eine Ohrfeige für unsere Freunde in Deutschland, und diese haben sie mit ihrem Einsatz für Israel sicher nicht verdient."

Die folgende Abstimmung war interessant: von den Angehörigen der ehemaligen Gruppe Achdut Awoda stimmten nur zwei gegen die Reise der Delegation; die anderen enthielten sich der Stimme. Von den übrigen Abgeordneten sprachen sich fast alle für das Delegationsprojekt aus. Es kann als sicher angenommen werden, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Knesset, David H a c o h e n, einer der einflußreichsten Parlamentarier, die Reise mitmachen wird.